Redaktion und Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia"
Tel. 1081

Preis der Einzelnummer Kč 1.40
(im Ausland Kč 2.-)

Auslandspreise	Einzelnumm		vierteljähr.	
Argentinien . . .	Pes	0.30	Pes	3.60
Belgien	Frs.	2.—	Frs.	24.—
Bulgarien	Lew	8.—	Lew.	96.—
Danzig	Guld	0.30	Guld	3.60
Deutschland . . .	Mk.	0.25	Mk.	3.—
Estland	E.Kr	0.22	E. Kr.	2.64
Finnland	Fmk	4.—	Fmk	48.—
Frankreich . . .	Frs.	1.50	Frs.	18.—
Großbritannien ..	d.	4.—	sh.	4.—
Holland	Gld	0.15	Gld	1.80
Italien	Lir	1.10	Lir.	13.20
Jugoslawien . . .	Din.	4.50	Din	54.—
Lettland	Lat.	0.30	Lat.	3.60



Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 27
Sonntag, 17. Dez. 1933

Bezugspreis im Quartal Kč 18.-
(im Ausland Kč 24.-

Auslandspreise	Einzelnumm		vierteljahrl.	
Litauen	Lit	0.55	Lit.	6.60
Luxemburg . . .	B Frs.	2.—	B.Fr.	24.—
Norwegen . . .	Kr	0.35	Kr.	4 20
Oesterreich . . .	Sch	0.40	Schill	4.80
Palästina	P. £	0·018	P. £	0 216
Polen	Zloty	0.50	Zloty	6.—
Portugal	Esc.	2.—	Esc	24 —
Rumänien . . .	Lei	10.—	Lei	120.—
Saargebiet . . .	F.Fr	1.50	F. Fr	18.—
Schweden	Kr	0.35	Kr	4 20
Schweiz	Frs	0.30	Frs	3.60
Spanien	Pes.	0.70	Pes.	8.40
Ungarn	Pengö	0.35	Pengö	4.20
USA.	Dollar	0.08	Dollar	0.90

Kampf der Kriegsgefahr!

Ein Mahnwort an alle Friedensfreunde der Welt!

Kann Hitler das außenpolitische Spiel, das er jetzt spielt, gewinnen? Unmöglich ist, über die Tatsache eines Anfangserfolges hinwegzusehen. Indem er den Völkerbund und die Abrüstungskonferenz verließ, hat er eine Tat gesetzt, die auf der anderen Seite keine Gegenaktion auslöste, sondern nur Entsetzen und Verwirrung hervorrief. Unbekümmert um die Bestimmungen des Friedensvertrages rüstet er auf: niemand hindert ihn daran, niemand wagt auch nur die Tatsache der fortgesetzten Aufrüstung offiziell zu konstatieren. Die diplomatische Aktion zum Schutze Oesterreichs ist längst versandet, die Regierung Dollfuß ist im Kampf gegen die Berliner Gleichschalter ganz auf sich selber angewiesen, wenn ihr nicht Italien hilft. In den Gebieten, die dem Völkerbund unterstehen, in Danzig und an der Saar, macht sich der braune Terror breit: niemand glaubt, daß der Völkerbund willens und imstande sei, ihm wirksam entgegenzutreten.

Hitler handelt, während die anderen beraten.

•

Frankreich sieht die Gefahr, in der es sich befindet. Es weiß, daß diese Gefahr nicht unmittelbar droht, aber daß sie mit jedem Tage wächst. Frankreich sucht eine möglichst breite Front der Gegner der deutschen Aufrüstung zu bilden, um entweder durch Druck und Drohung die weitere militärische Stärkung Deutschlands zu verhindern, oder doch für alle Fälle bereit zu sein.

Eine Zeitlang schien es, als ob ein neuer Weltbund mit Frankreich an der Spitze in Bildung begriffen sei. Heute kann Frankreich mit Sicherheit nur auf Belgien und die Kleine Entente rechnen. Polen, das grollend zusah, wie der französische Bundesgenosse mit Hitler, Mussolini und MacDonald den sagenhaften Viererpakt schloß, legt Wert auf die demonstrative Bekundung der Tatsache, daß es auch seine eigenen Wege gehen kann. Italien, das für Judenhetzen kein Verständnis hat und in der Anschlußfrage Deutschlands Gegner ist, leistet in den Fragen des Völkerbundes und der Aufrüstung der Hitlerregierung Sekundantendienste. England drängt Frankreich zu Sonderverhandlungen mit Hitler. Frankreich kann sich des Druckes nur erwehren, indem es in London feierlich anfragt, wie man sich dort solche Verhandlungen denkt.

Es ist ein großes europäisches Durcheinander. Deutschland hat keinen Freund, auf den es sich verlassen kann. Frankreich hat deren auch nicht allzuviele. Ist das der Weg zum Frieden? Nein, es ist der Weg in den Krieg!

Alle Friedensbeteuerungen Hitlers können nichts daran ändern, daß die Kriegsgefahr wächst. Sie wächst, weil jene Friedensbeteuerungen im Widerspruch stehen nicht nur zu allen seinen früheren Bekenntnissen, sondern auch zu seinen jetzigen Taten. Denn schließlich fragt sich alle Welt, warum man so mächtig aufrüsten muß, wenn man doch nur den Frieden will.

Tiefstes Mißtrauen vergiftet alles, und aus diesem vergifteten Boden wächst neue Kriegsgefahr.

•

Was hat Hitler erreicht? Er hat erreicht, daß er bis auf weiteres ungestört rüsten kann. Er hat erreicht, daß seine Agenten im Saargebiet, in Danzig, in Oesterreich und anderwärts im Trüben fischen können, ohne daß sich der Völkerbund oder eine einzelne Macht dieses Treiben ultimativ verbittet. Hat er aber damit etwas zum Wohle des deutschen Volkes erreicht? Das gerade Gegenteil ist der Fall! Er hat das deutsche Volk in eine Lage gebracht, die zwar für den Augenblick noch nicht so lebensgefährlich ist, wie sie es zeitweilig schon zu sein schien, die aber, je länger sie dauert, desto furchtbarere Gefahren in sich birgt.

Hitler sagt jetzt, daß nur ein Wahnsinniger den Krieg wollen kann. Damit hat er recht. Aber dann hat ein Wahnsinniger das Buch „Mein Kampf" geschrieben, dann hat ein Wahnsinniger den vierzehnjährigen Vernichtungskampf gegen die sozialdemokratische Friedenspolitik geführt, dann ist es ein Wahnsinniger, der aus dem Völkerbund und aus der Abrüstungskonferenz davonlief, der auf allen Straßen Deutschlands SA, SS, Jungstahlhelm, Arbeitsdienstler und wer weiß was noch marschieren läßt, und der die Räder der Rüstungsindustrie in der ganzen Welt in Schwung gesetzt hat. Die Machtstellung dieses Wahnsinnigen ist eine Gefahr für Europa, sie ist vor allem eine ungeheure Gefahr für das deutsche Volk selbst. Denn die Welt wird sich, so groß auch die Verwirrung in ihr ist, von diesem Wahnsinnigen ebensowenig regieren lassen wollen, wie sie sich von Wilhelm II. regieren ließ.

•

Wir Sozialdemokraten brauchen uns vor Menschen gesunden Verstandes nicht gegen den hirnverbrannten Vorwurf verteidigen, wir wollten den Krieg. Wir wollen den Krieg nicht, wir wollen ihn verhindern um der Menschheit und um des deutschen Volkes willen, und darum bekämpfen wir das heutige deutsche Regime. Das deutsche Volk kann den Frieden und sich selber nur dadurch retten, daß es sich von diesem Regime befreit.

Was wir in der Welt außerhalb des Dritten Reiches vorwerfen, ist nicht Mangel an militärischer Energie — mit der sie uns verschonen möge — sondern vielmehr die Verständnislosigkeit, mit der sie dem deutschen Problem gegenübersteht. Im Kampf um die Seele des deutschen Volkes entscheidet sich das Schicksal Europas. Dieser Kampf ist darum keineswegs eine „innere Angelegenheit eines fremden Staates", er ist die Angelegenheit ganz Europas und der ganzen Menschheit. Was wir wollen, ist die Offensive nicht der Waffen, sondern der Wahrheit. Nur sie kann den Frieden retten, die feige Diplomatenlüge von den inneren Angelegenheiten fremder Staaten führt in den Krieg. Wir wünschen den Demokratien der Welt den Mut zum geistigen Kampf für ihr eigenes Lebensprinzip, der entschieden werden soll nicht gegen Deutschland, aber in Deutschland!

Görings Weihnachts-Amnestie



Röhm, die SA. und der Krieg!

Was sie sagen und was sie denken.

Der neue Reichsminister Röhm, der Chef der deutschen Miliz, hat vor dem diplomatischen Korps und den Vertretern der ausländischen Presse in Berlin über „Wesen und Aufgaben der SA." gesprochen. Er hat voll Stolz mitgeteilt, daß die SA. augenblicklich eine zahlenmäßige Stärke von 2½ Millionen Mann habe. Das ist eine unverkennbare Drohung, ein Stein im diplomatischen Spiel Deutschlands um die Wiederaufrüstung. Dies Spiel besteht einerseits aus Faustschlägen auf den Tisch, andererseits aus Friedensreden, einerseits aus der Beteuerung deutschen Abrüstungswillens, andererseits aus dem Pfeifen auf den Völkerbund und die Verträge.

Herr Röhm hat dementsprechend einerseits „mit der Stärke der deutschen Reserven gedroht, andererseits aber den Harmlosen gespielt:

„In diesen Pamphleten verantwortungs-, gewissen- und vaterlandslosen Gesellen eine Lüge immer wieder: die politischen Kampforganisationen des nationalsozialistischen Deutschlands trügen militärischen Charakter und könnten dadurch zu einer Bedrohung des Friedens der Welt werden. Als verantwortlicher Stabschef der gesamten deutschen SA. wende ich mich im Hinblick auf die Tatsache, daß wir nichts zu verheimlichen haben, an die Weltöffentlichkeit, um darzulegen, was es mit diesen Einheiten auf sich hat. Die SA. läßt sich **mit keinem Heer**, mit keiner Miliz, mit

keinem sonstigen Heeressystem der Welt vergleichen. Denn sie ist keines von ihnen. Allen genannten Heeren eignet der Begriff der bewaffneten Macht. Das gerade aber, ist nach dem ausgesprochenen Willen Hitlers die SA. nicht."

Herr Röhm ist jahrelang der Verbindungsmann zwischen der SA. und der Reichswehr gewesen. Er hat immer in der SA. eine getarnte Militärorganisation gesehen. Der Aufbau der SA., die Gliederung ihrer Stäbe, ihre Zusammenfassung und ihre Ausbildung, sprechen deutlich genug. Daß die SA. und die Waffen noch getrennt sind, ist kein Argument gegen ihre Charakter als Militärorganisation. Ohne das Wohlwollen der Reichswehr wäre die SA. niemals zu dem geworden, was sie heute ist. Aber warum eingehend über Dinge reden, die die ganze Welt kennt?

Herr Röhm hat sich selbst charakterisiert in seiner **Autobiographie**, die vor wenigen Wochen im Zentralparteiverlag der NSDAP. neu aufgelegt worden ist. Dort feiert er **den Krieg**, der die besten Kräfte der Nation wecke und fördere, der eine **innere und äußere Notwendigkeit** für ein Volk sei, das in dieser Welt bestehen und sich durchsetzen wolle.

„Europa, die ganze Welt mag in Flammen versinken; was kümmert uns das? Deutschland muß leben und frei sein!" So steht es in der Autobiographie des Mannes, der als Führer der SA. deutscher Reichsminister geworden ist! Das klingt etwas anders als sein Vortrag vor dem diplomatischen Korps!

Grauen über Deutschland

Blutjustiz und Henkerbeil

In Köln sind am 30. November sechs Kommunisten enthauptet worden. Sie wurden beschuldigt, am 24. Februar 1933 an einer Schießerei teilgenommen zu haben, bei der zwei Nationalsozialisten getötet wurden.

Die Verurteilten waren alle junge Männer: einer 28 Jahre alt, zwei 25, der vierte 22, der fünfte 21, und der sechste war am Tag der Hinrichtung 20 Jahre 3 Monate alt!

Diese jungen Männer sind am 30. November in einem summarischen Verfahren abgeschlachtet worden. Ein Beamter des Klingelputzgefängnisses in Köln hat darüber den folgenden Bericht gegeben:

„In später Abendstunde des 29. November wurde den Verurteilten durch den Staatsanwalt in Gegenwart des Anstaltsleiters mitgeteilt, daß die Vollstreckung der Todesurteile für den nächsten Morgen angesetzt sei. Die Verurteilten, insbesondere Hammacher und Moritz, legten schärfsten Protest gegen den Vollstreckungsbefehl ein und erklärten nochmals ihre Unschuld.

Sie seien Opfer des Meineides der Nazizeugen, sie seien bei dem Zusammenstoß am 24. Februar 1933 die Ueberfallenen und Angegriffenen gewesen. Der ganze Tatbestand sei in der Voruntersuchung und in der Hauptverhandlung auf den Kopf gestellt worden.

An der Stelle auf dem Hofe, an der früher ein Schafott mit Guillotine aufgerichtet wurde, war diesmal das Schafott nur mit **Bank und Richtblock** aufgebaut, um die Hinrichtung **mit dem kurzen Handbeil** zu vollziehen. An derselben Stelle, an der die sechs politischen Verurteilten mit dem Handbeil hingerichtet wurden, war 1931 der bekannte Massenmörder Kürten mit der Guillotine enthauptet worden.

Während des Läutens des Sünderglöckchens wurden die Verurteilten gefesselt, einzeln vom Gefängnisbeamten heruntergeführt, unter besonders starker Bedeckung von Schupo und **SA-Mannschaften**. Im Hofe hatten sich versammelt: der Vorsitzende und die Mitglieder des Schwurgerichtes und die vorgeschriebenen 12 Gemeindemitglieder Der Scharfrichter und seine Gehilfen standen hinter dem Schafott, außerdem waren einige höhere Beamte von der Geheimen Staatspolizei, Aerzte, Geistliche beider Konfessionen anwesend, **ferner eine besondere Abordnung der SA.** Schupo und SA-Leute bildeten sodann Spalier vor dem Gebäude bis zum Schafott und um das Schafott und den Tisch der Amtspersonen. Hinter einem mit schwarzem Tuche überzogenen Tische stand der Staatsanwalt und der Urkundenbeamte. Die Gefangenen, deren Kopfhaare geschoren waren und deren Hals von der Kleidung freigelassen wurde, wurden gefesselt an den Tisch des Staatsanwaltes geführt. Der Staatsanwalt las ihnen mit lauter Stimme noch einmal das Urteil vor, und dann die Order: „**Seine Exzellenz, der Preußische Ministerpräsident Göring, hat beschlossen, von dem ihm zustehenden Begnadigungsrecht keinen Gebrauch zu machen."**

Die Verurteilten, die offensichtlich unter der Haft, der Fesselung und dem Druck des Urteils sehr gelitten hatten, antworteten dem Staatsanwalt auf seine Verlesung mit einem Hoch auf die Weltrevolution. Sofort ergriffen aber die Henkersknechte den ersten der Verurteilten und rissen ihn zum Schafott. Kaum war der angeschnallt, so wurde ihm auch der Kopf mit einem wuchtigen Beilhieb heruntergeschlagen. Auch der zweite und dritte Verurteilte wurden in dieser Weise mit einem Schlage enthauptet. Bei dem vierten aber schlug der Scharfrichter, der ebenso wie seine Gehilfen augenscheinlich große Quantitäten von Schnaps zu sich genommen hatte, um durchhalten zu können, falsch. Das Beil blieb im Schädel des Verurteilten stecken, er führte einen zweiten Hieb, auch dieser hatte noch nicht das gewünschte Ergebnis und **erst der dritte Hieb** trennte den Kopf von dem Rumpf des unglücklichen Opfers. Der Vorfall rief bei den Anwesenden eine **ungeheure Erregung** hervor, und bei all denen, die sich noch einen Rest menschlichen Empfindens gewahrt hatten, **Entsetzen und Empörung**. Infolge dieser Erregung kam es auch bei der **fünften** Hinrichtung zuerst zu einem **Fehlschlag** und erst der zweite Hieb vollendete die Enthauptung. Die sechste Vollstreckung an dem Fensterputzer Josef Engel wurde von dem Scharfrichter mit einem einzigen furchtbaren Hieb durchgeführt. Die Massenhinrichtung dieser sechs Arbeiter war das furchtbarste Erlebnis, das ich in meiner Dienstzeit gehabt habe," schloß der Beamte seinen furchtbaren Bericht.

Auf dieses entsetzliche Ende warten noch 37 verurteilte Kommunisten und Sozialdemokraten in den Todeszellen der Nazigefängnisse! Zehn von ihnen sind in einem einzigen Prozeß in Dessau verurteilt worden, darunter befindet sich ein Vater mit seinem Sohne!

Der letzte der zum Tode Verurteilten ist der Kommunist **Kaptur**, der am 5. Dezember 1930 einen Nationalsozialisten in Dortmund erschossen hat. Kaptur berief sich auf **Notwehr**, er behauptete, daß der Erschossene mit dem Messer auf ihn losgegangen sei. Er brachte Zeugen dafür bei. Der Prozeß war jedoch eine Farce. Der **Verteidiger** (!) sprach:

„**Jeder wird den gewaltigen Unterschied zwischen den Aussagen** der nationalsozialistischen Zeugen, die ruhig, frei und bestimmt gemacht wurden und denen der Kommunisten und deren Hilfstruppen, die gedrückt und unsicher ausfielen, bemerkt haben."

Die Urteilsbegründung zeigte ähnlichen Zynismus. Es hieß darin:

„Kaptur hat bei dem Antrage des Staatsanwalts, der gegen ihn die schwerste Strafe vorsah, die das Gesetz kennt, **nicht mit einer Miene gezuckt**. Mit **erstaunlicher Logik** und einem bemerkenswerten **Erinnerungsvermögen** hat er alle jene Momente in seinem letzten Wort herausgeholt, die für ihn hätten sprechen können, wenn sie nicht in der eingehenden Beweisaufnahme schon restlos geklärt worden wären. **Und in diesem letzten Wort hat er erst sein wahres Gesicht gezeigt**. — Er war daher wegen Mordes zu verurteilen."

Daß der Angeklagte sein Recht vor Gericht verteidigte — das wird ihm als belastend ausgelegt!

Auch dieser Unglückliche wird den Kopf auf den Block legen. Welcher Unterschied besteht — so fragen wir die ganze Welt — zwischen solchen Richtern und dem Manne, der in Köln sechs jungen Menschen nacheinander den Kopf abschlug?

Das deutsche Gemüt

Göring erinnert sich an Weihnachten.

Die deutschen Despoten treffen Vorbereitungen für Weihnachten. Sie schaffen Platz in den Konzentrationslagern. Göring will **5000 Gefangene aus den preußischen Konzentrationslagern entlassen**. In Bayern sollen etwa 500 Gefangene in Freiheit gesetzt werden. Alles in allem sollen etwa 5 Prozent der Opfer des Terrors wieder in Freiheit gesetzt werden. Seht — so werden uns die deutschen Kleinbürger sagen — unser Göring ist ein wahrhaft deutscher Mann, sein deutsches Gemüt konnte es nicht ertragen, daß am Weihnachtsfeste Gefangene fern von ihren Familien in den Konzentrationslagern schmachten, die seiner Gnade würdig geworden sind!

Das deutsche Gemüt des Herrn Göring hat eine Erläuterung zu diesen Entlassungen von sich gegeben:

„**Im Hinblick auf das günstige Ergebnis der Reichstagswahlen, insbesondere in den Konzentrationslagern und aus Anlaß des Weihnachtsfestes habe ich die Absicht, Entlassungen vorzunehmen... Die Entlassenen sind aber nicht im Unklaren darüber zu lassen, daß ich mit rücksichtsloser Strenge diejenigen, die die Großmut des nationalsozialistischen Staates erneut mit staatsfeindlichen Treibereien entgelten, in unnachsichtiger Weise und für immer unschädlich machen** werde."

Der Hinweis auf das „günstige Ergebnis der Reichstagswahl in den Konzentrationslagern" ist der **blutige Hohn** eines Systems, das unter Folterungen und Marternseine Opfer so zerbrochen hat, daß ein Teil von ihnen die eigene Ueberzeugung und das eigene Gewissen vergewaltigt hat aus Furcht vor weiterer Folterung. Wer innerlich so gänzlich zerbrochen ist — der soll jetzt in Freiheit gesetzt werden. Wer außer der Existenz auch noch die Selbstachtung verloren hat — der ist dem System nicht mehr gefährlich. Er kann **Platz machen für gefährlichere Gegner des Systems!**

Etwa 5 Prozent der Insassen der Konzentrationslager hält das System für ungefährlich geworden. Wir wollen nicht rechnen, wieviele SA-Leute darunter sein mögen, die rebelliert haben und nun mit Schlägen und Mißhandlungen wieder reif für die nationalsozialistische Volksgemeinschaft gemacht worden sind. Wir rechnen nur eins aus: Trotz vieler Monate langer Pein und Marterung sind **noch 95 Prozent der Gefangenen in den Konzentrationslagern so unzerbrochen, daß das System sie weiter einsperrt, weil es sich vor ihnen fürchtet!**

Die Opfer, die zu Weihnachten entlassen werden sollen, innerlich und äußerlich gebrochen, kehren in eine Welt zurück, die für sie sinnlos geworden ist! Ihre Existenz ist vernichtet, an Arbeitfinden ist nicht zu denken. Es warten auf sie die Straße der Großstadt, Kälte und Hunger. **Willkür** hat sie gefangen, ihre Existenz vernichtet, **Willkür** hat sie mißhandelt, **Willkür** setzt sie wieder frei. Wehe ihnen, wenn sie ihrer Idee dienen wollen! Dann, so kündigt ihnen Göring an, werden sie für immer unschädlich gemacht!

Das deutsche Gemüt des Herrn Göring hat sich an das Weihnachtsfest erinnert. Das ist nicht ohne Bedeutung. Es sind 5000 Plätze frei geworden in den Konzentrationslagern. Sie warten auf die Opfer des Weihnachtsfestes und des deutschen Gemütes! Ist es nicht wahrscheinlich, daß mancher, der zur inneren und äußeren Emigration gehört, der sich von Frau und Kinder und Eltern ferngehalten hat, zu Weihnachten nicht zu einer Unvorsichtigkeit, zu einem Besuch seiner Familie verleiten läßt? Ist das nicht eine herrliche Gelegenheit für die Menschenfänger des Dritten Reiches manches des von ihnen Verfolgten habhaft zu werden? Herr Göring ist ein Mann mit wahrhaft deutschem Gemüt! Er hat an alles gedacht, und so hat er rechtzeitig Fürsorge getroffen, daß der Strom der **neuen politischen Gefangenen** nach Weihnachten untergebracht werden kann!

Krach um die Beute

Einer, der nicht nehmen durfte.

Der Statssekretär im Bayrischen Wirtschaftsministerium, Georg **Luber**, ist vom Reichsstatthalter General **von Epp** und dem bayrischen Ministerpräsidenten **Siebert** hinausgeworfen worden. Die amtliche Begründung für den Hinauswurf lautet:

„Aus Anlaß des Geburtstages des Staatssekretärs **Luber** wurde von dem bayrischen Landesbauernobmann das bisher im Eigentum des landwirtschaftlichen Kreisausschusses von Schwaben und Neuburg stehende Hofgut Hirschschwang dem Staatssekretär als Geschenk übereignet. Staatssekretär Luber hat dieses Geschenk **angenommen**. Da es sich bei dem Hofgut um ein im Eigentum einer Körperschaft des öffentlichen Rechts stehendes Besitztum handelt, hat die Bayrische Staatsregierung auf Grund ihrer nationalsozialistischen Weltanschauung die Auffassung, daß durch diesen Vorgang die Unabhängigkeit und Entschlußfähigkeit eines ihrer Mitglieder und damit ihre eigene Regierungstätigkeit beeinträchtigt werden könnte. Bei der gegebenen Sachlage glaubte der Ministerpräsident sich von seinem Mitarbeiter im Wirtschaftsministerium trennen zu müssen!"

Ein plötzlicher Anfall von Scham und Ehrlichkeit — oder eine besondere **Bosheit gegen die in Berlin regierende Gruppe**? Man erinnert sich, daß **Adolf Hitler** Grundbesitz bei Berchtesgaden zur Erweiterung seines Besitztums geschenkt erhalten hat. Was Hitler recht war, mußte **Göring** billig sein. Also verlangte Göring ebenfalls Grundbesitz in Bayern. Er mußte sehr energisch verlangen, bis man sich in Bayern dazu bequemte, ihm seinen Teil der Beute zukommen zu lassen. Der Oberpräsident von Brandenburg, **Kube**, hat einen Erbhof zum Geschenk erhalten, der Herr Reichspräsident von **Hindenburg** aber gleich Großgrundbesitz aus preußischen Domänen. Da handelte es sich immer um **öffentliches Eigentum**. Warum ist dem Staatssekretär nicht billig, was den anderen Herren recht gewesen ist? Sollten Hindenburg, Hitler, Göring und Kube in der Person des Herrn Luber getroffen werden, war es ein bewußter Stich durch die Tapete, den Epp und Siebert geführt haben?

Der Reichsernährungsminister **Darré** hat sich des hinausgeworfenen Staatssekretärs angenommen mit der Begründung, daß ein Erbhof kein Geldgeschenk, sondern eine Verpflichtung sei. Hier wird schon sichtbarer, um was es geht. Luber gehört zur **Berliner Clique** des Herrn Darré, und die **Münchener Clique** hat ihm deswegen eins ausgewischt. Die Herren vom Dritten Reich markieren nach außen Einigkeit und Kameradschaft, aber beim **Streit um die Beute** fallen alle Rücksichten.

Allein dies ist noch nicht der letzte Grund, warum Luber in Ungnade bei den bayrischen Großwürdenträgern des Drit-

Kurz, aber teuer

Aufmarsch der Reichstagsabgeordneten

Die Reichstagssitzung vom 12. Dezember wird in der Geschichte unvergessen bleiben: sie war die **kürzeste** und die **teuerste Sitzung**, die jemals ein deutsches Parlament abgehalten hat. Sie dauerte 6 Minuten und war von 657 Abgeordneten besucht. Da jeder von den gewählten 661 Abgeordneten für diese Sitzung eine Monatsentschädigung von 600 Mark erhielt, — für die vier fehlenden Abgeordneten wird ein Abzug von je 20 Mark gemacht, so kostete diese eine Sitzung die Steuerzahler 396.520 Mark.

Der am 12. November gewählte Reichstag ist der stärkste, aber auch der einflußloseste und überflüssigste. Aussprachen gibt es in ihm nicht. Abstimmungen ebenfalls nicht. Die Zustimmung wird durch „laute Akklamation" bekundet. Ausschüsse werden auch nicht eingesetzt, da an sachlicher Arbeit weder der Regierung noch dem Abgeordneten das geringste liegt. Auch das Recht der Budgetbewilligung hat dieses Parlament nicht, die Korruptionswirtschaft der Diktatur verträgt nicht das Licht der Oeffentlichkeit. Selbst das Petitionsrecht ist abgeschafft, Petitionen werden der Regierung überwiesen, d. h. sie wandern in den Papierkorb. Geblieben ist also vom Reichstag nur die **Freikarte** für das ganze Deutsche Reich und die **Aufwandsentschädigung** von 7200 Mark jährlich. Dieses Parlament, zu nichts notwendig und zu nichts nützlich, kostet allein an Diäten 4.759.200 Mark.

Es war keine Eröffnungssitzung. Es war eine Kontrollversammlung — — und **Hugenberg** fehlte.

In welch ungeheuren Schwierigkeiten sich das Hitlerregime augenblicklich befinden muß, zeigt am besten die Tatsache, daß es nicht einmal mehr Feste zu feiern versteht. Mit märchenhaftem Gepränge wurde der Reichstag am 21. März eröffnet. Jetzt dagegen kein Aufmarsch, keine Reden, keine hellodernde Begeisterung, sondern nur nüchterne Formalitäten in der allerkürzesten Frist.

ten Reiches gefallen ist. Scham und Ehrlichkeit haben dabei keine Rolle gespielt. Das Nehmen ist bei den Nationalsozialisten nicht verpönt. Es gilt bei ihnen vielmehr als zum guten Ton gehörig, daß jeder sich auf Kosten des Reiches bereichert — dem Sieger die Beute! — und Herr Göring hat mit dem riesigen Landgeschenk an Herrn von Hindenburg ein für allemal ein Alibi geschaffen für alle, die genommen haben und noch nehmen werden. Aber dieser Luber hat eine Sünde gegen den heiligen Geist des Führerprinzips begangen! Er hat genommen, wo sein Ministerpräsident und sein Reichsstatthalter noch nicht genommen hatten. Konnte er nicht warten, bis der Herr von Epp und der Herr Siebert ihre Rittergüter weg hatten? Daß er nicht gewartet hat, bis die Reihe an ihm war — das wurde ihm nicht verziehen!

Die Nase des Professors Dessauer

Der Prozeß gegen den Zentrumsabgeordneten Professor Dr. Dessauer in München-Gladbach gehört sicher nicht zu den grausigsten Kapiteln neudeutscher Justizgeschichte, wohl aber zu den tollsten. Dessauer sollte sich der Verleitung zur Untreue schuldig gemacht haben, indem er für eine Gesellschaft, die er vertrat, eigene Anteilscheine zu billig gekauft haben sollte. Hätte er die Anteile zu teuer gekauft, so hätte das nach derselben juristischen Konstruktion Untreue, begangen an der eigenen Gesellschaft, sein müssen. Damit ist die juristische Zwickmühle fertig: Kaufst du teuer, begehst du Untreue; kaufst du billig, verleitest du zur Untreue. Jeder Kauf oder Verkauf von Wertpapieren durch politisch mißliebige Personen kann danach als strafbare Handlung aufgezogen werden.

Wenn man glaubt, damit sei die Tollheit der Anklage und des Verfahrens erschöpft, irrt man. Bei der Lektüre des Prozeßberichtes regen sich Zweifel, ob das ein Bericht aus einem Gerichtsaal oder aus einem Irrenhaus ist. Da kommt man plötzlich auf den jüdisch klingenden Namen des Angeklagten zu sprechen und nötigt ihn auseinanderzusetzen, daß mit seiner arischen Abstammung alles in Ordnung ist. Dann springt die Verhandlung auf die verdächtig krumme Nase des Angeklagten über, der umständlich die Geschichte dieser Nase erzählen muß. Er hat sich bei Radium-Experimenten schwere Verbrennungen zugezogen, und die Nase, so wie sie jetzt ist, wurde aus der Haut seines Armes geformt.

Man hält Dessauer vor, daß er auf dem linken Flügel des Zentrums gestanden habe und Mitglied des Reichsbanners gewesen sei. Und besonders gravierend findet man einen Brief, aus dem hervorgeht, daß er nach dem Kriege den ehemaligen Kruppdirektor Mühlen, einen leidenschaftlichen Gegner des deutschen Militarismus, als Mittler zwischen Deutschland und der Entente empfohlen hat.

Verteidiger ist ein gewisser Dr. Thormann. Auf einmal fällt dem Staatsanwalt Borek ein, daß dieser Dr. Thormann einen Bruder hat, der Redakteur der von Josef Wirth herausgegebenen „Deutschen Republik" war und jetzt in Paris lebt. Also unterhält man sich über die Tätigkeit dieses Bruders des Verteidigers in Paris!

Der Angeklagte ist offenbar völlig zermürbt. Er versichert jammernd, er sei nur im Reichsbanner gewesen, um dieses vor dem Abrutschen nach links zu bewahren, und er habe ja auch am 23. März im Reichstag für Hitlers Ermächtigungsgesetz gestimmt. Kurz, er benimmt sich der Lage durchaus angemessen, wie ein Mann, der Wegelagerern in die Hände gefallen ist, nicht wie einer, der das Bewußtsein hat, vor einem Gericht zu stehen und Recht und Gesetz auf seiner Seite zu haben.

Wer einmal die Geschichte der Justiz im Dritten Reich schreiben will, der wird den Fall Dessauer nicht vergessen dürfen.

Anna hat es besser!

Die Berliner Nazipropaganda ist auf einen neuen Trick verfallen. Sie läßt Juden, die Verwandte im Ausland haben, an diese schreiben, es ginge ihnen ausgezeichnet, sie würden in Deutschland gar nicht belästigt, überhaupt wäre alles in schönster Ordnung. Einen Brief dieser Art bekam auch eine Familie in Toronto (Kanadien). Die Absender versicherten, daß sie alle wohlauf seien und über nichts zu klagen hätten — aber freilich der Anna ginge es noch besser. Und wenn sich die Dinge so weiter entwickelten, so würde es ihnen bald auch so gut gehen wie der Anna!

Dazu muß man wissen, daß Anna seit Jahren tot und begraben ist. Der kanadische Rundfunk hat unlängst diese Briefgeschichte erzählt, um der Welt zu zeigen, wie gut es den Juden in Deutschland geht und welche Mittel sie benutzen müssen, um die Wahrheit zu sagen.

Klares Ergebnis in Leipzig

Torgler und die Bulgaren sind unschuldig

Im Reichstagsbrandprozeß haben die Plädoyers begonnen. Das Urteil soll noch vor Weihnachten gefällt werden. Aber noch ehe der Oberreichsanwalt mit seiner Anklagerede beginnen konnte, ist ihm Preußens toller Ministerpräsident Göring abermals ins Wort gefallen und hat die Verurteilung der Angeklagten verlangt. Er wünscht sich vom Reichsgericht fünf Kommunistenköpfe als Weihnachtsgeschenk.

Mit einem tiefsinnigen Gleichnis war der zweite und letzte Teil der Beweisaufnahme zu Ende gegangen. An seinem Anfang stand die düstere Schilderung des Weltenbrandes, den die Kommunisten hätten entfachen wollen, an seinem Ende die bedeutsame Feststellung, daß sie sich zu diesem Zweck des Möbelputzmittels „Sangajol" als Brandstoff jedenfalls nicht bedient hätten... Der Fabrikant von „Sangajol" kann lachen: für ihn war es eine Bomben-Gratisreklame.

Nicht so für die deutsche Justiz, nicht so für die deutsche Regierung. Denn die ganze Welt fragt heute:

Auf Grund welcher Beweismittel hat man eigentlich gewagt, Torgler, Dimitroff, Popoff und Taneff unter Anklage zu stellen und diese vier absolut unschuldigen Menschen wie die schlimmsten Schwerverbrecher fünf Monate lang in Ketten zu legen?!

Die sogenannten „Beweise" sind nun ausgespielt, und es zeigt sich, daß auch nicht ein einziger zureichender Verdachtsmoment — von Schuldbeweisen gar nicht zu reden — gegen diese vier Angeklagten bestand! Uebrigens — eine Frage nebenbei: wo ist die Waggonladung großartigen Beweismaterials aus den „Katakomben" des Karl-Liebknechthauses eigentlich geblieben? Hat man sich doch noch in letzter Minute geschämt, die Gruselgeschichten der ehrenwerten Polizeispitzel und „bekehrten" Kommunisten, die als letztes Rettungsaufgebot für die Anklage gegen Schluß der Beweisaufnahme aufmarschierten, durch diese Fälschungen noch lächerlicher zu machen als sie ohnehin waren?! — Jedenfalls — auch dieser Teil der Göringschen Proklamation vom 28. Februar, wonach das Beweismaterial für die kommunistische Brandstiftungs-Täterschaft schon einige Tage zuvor im Karl-Liebknechthaus entdeckt worden wäre, hat sich als absoluter Schwindel herausgestellt.

Ein positives Ergebnis der Beweisaufnahme ist — trotz der mehr als hundertunddreißig vernommenen Zeugen, trotz der vielen Sachverständigen und trotz zweiundfünfzig Verhandlungstagen — nicht da. Die Frage, wie der Reichstag angesteckt wurde, ist ebenso unbeantwortet wie zu Beginn der Verhandlung. Man weiß nach wie vor nur das eine, daß der Angeklagte van der Lubbe irgend etwas mit der Tat zu schaffen hat. Ebenso gewiß jedoch ist, daß van der Lubbes Behauptung, wonach er ganz allein den Reichstag mit ein paar Stückchen Anzünder angesteckt haben will, insbesondere den großen Sitzungssaal in höchstens zwei bis drei Minuten mit dem Erfolg, daß dieser Saal sieben Minuten darauf ein einziges Flammenmeer bildete — daß diese Darstellung erlogen, weil absolut unmöglich ist.

Wie die Sache nun aber wirklich zugegangen ist, das wissen wir nicht, und wir konnten es durch diese Verhandlung auch am allerwenigsten erfahren, weil

Voruntersuchung, Anklage und Hauptverhandlung nicht auf das Ziel gerichtet waren, die Wahrheit zu ermitteln,

sondern die kommunistische Partei mit der Schuld am Brande zu belasten. Offen und zynisch hat der Zeuge Göring ja zugestanden, daß die Polizei nur nach dieser einen Richtung geforscht habe, aber es sei das die „richtige" gewesen. Eine mit solchen Scheuklappen eingeengte Untersuchung konnte den Hergang der Tat ebensowenig entdecken, wie ein Mensch, der an der Schöpfungsgeschichte der Genesis als ewiger Wahrheit festhält, in der Lage gewesen wäre, die Darwinsche Deszendenztheorie auszudenken.

Man kann nur folgendes feststellen: die vier Mitangeklagten van der Lubbes sind seine Helfer nicht gewesen. Der äußere Beweis ihrer Unschuld ist mindestens für Torgler und Dimitroff, der innere Beweis der Unschuld auch für Taneff und Popoff restlos geführt. Alle vier sind nicht etwa nur wegen mangelnder Beweise, sondern wegen erwiesener Unschuld freizusprechen. Und hieraus ist weiter zu folgern:

Die ganze Fahndung nach den Mittätern van der Lubbes, ist von Anfang an in ganz falscher Richtung gegangen, in einer Richtung, wo keine Mittäter waren. Daß diese falsche Richtung eingeschlagen wurde, ist Schuld des Terrors, den die Göring und Göbbels von Anfang an auf diese — hier paßt endlich die Bezeichnung — wirklich „gefesselte Justiz" ausgeübt haben. Da nur in der falschen Richtung geforscht wurde, mußte auch die größte Beweisaufnahme ergebnislos, die Tat nach wie vor ein dunkles Rätsel bleiben.

Ein großer Aufwand, schmählich ist vertan.

Die wahren Täter sitzen in Sicherheit. Wer aber noch auf der Welt Sinn für Anstand und Gerechtigkeit besitzt, muß fordern: Laßt endlich die vier unschuldigen Opfer dieser widerlichen Justizkomödie frei! Mehr als genug ist das Recht bereits geschändet.

Justinian.

Nationalsozialistisch — nicht national!

Hiters Internationale

Daß Nationalsozialismus nichts anderes mit dem Sozialismus zu tun hat, als den von ihm gestohlenen Namen, das weiß alle Welt. Aber wie ist sein Verhältnis zur Nation?

Seit Deutschlands Austritt aus der Abrüstungskonferenz und seit dem Kündigungsbrief an den Völkerbund sind die Auslandsagenten der Göbbels-Propaganda eifriger am Werk als jemals zuvor. Es ist freilich merkwürdig, wo die Nazi-Agenten überall Bundesgenossen zu werben suchen. Das Aufputschen des Auslandsdeutschen und ihre Infizierung mit den Nazibazillen entspricht wenigstens der völkischen Grundidee Hitlers. Aber die Weltpropaganda der Nazis ist damit nicht zufrieden. Sie sucht sich noch ganz andere Weggenossen, volks- und artfremde Elemente, die mit Deutschlands Erneuerung nichts zu schaffen haben.

Nicht nur in germanischen Ländern wie Schweden und Holland bemüht man sich krampfhaft, einheimische Naziparteien aufzuziehen. Auch in Ungarn und Rumänien werden Karrikaturen der Hitlerbewegung entworfen, die dem großen Vorbild täuschend ähnlich sehen. Bekannt ist ja die Begeisterung der Nazis für den italienischen, dabei doch ganz mittelländischen und lateinischen Faschismus. Zum Jubiläum der Türkischen Republik kroch die Berliner SA vor dem Gesandten Kemal Paschas, der zwar ein großer Mann, aber alles andere als ein „nordischer" Mensch ist. Neuerdings biedert man sich sogar bei den Japanern an. Der deutsche Außenminister hat ganz ernsthaft versprochen, daß die kommende deutsche Rassengesetzgebung die Japaner respektieren würde. Ein deutsches Mädchen dürfte also einen Japaner heiraten und Kinder würden als Arier gelten!! Am liebsten würden die Nazis auch die judenfeindlichen Araber in Palästina als arische Kampfgenossen begrüßen, wenn es nicht gar so komisch wäre.

Wie man sieht, verwandelt sich unter den Fingern der Auslandspropagandisten der Nazis die deutsche nationale Erneuerung in eine internationale Koalitionspolitik, die jeden Bundesgenossen begrüßt, sofern er kein Marxist ist und keine jüdische Großmutter hat.

Das ist gar nicht so wunderbar, wie es auf den ersten Blick erscheint.

Denn die Nazi-Idee ist in ihrem tiefsten Sinn eine Verneinung des nationalen Gedankens.

Die Rassenpolitik, die Hitler und seine Leute treiben, hebt in ihren Konsequenzen die Nation auf. Eine Begriffsbestimmung der Nation zu liefern, die unbedingt hieb- und stichfest wäre, ist nicht leicht, denn die Nation wie jedes gesellschaftliche Gebilde ist unendlich kompliziert. Aber soviel steht fest:

die Nation ist nicht möglich, ohne den freien Willen der Menschen, die auf Grund ihrer historischen und gesellschaftlichen Situation ihr anzugehören wünschen.

Zur deutschen Nation gehört jeder, der sich als ihr Teil fühlt, ohne Rücksicht auf die Blutprobe seiner Großmütter. Weil aber die freie Entscheidung des einzelnen Menschen oder der einzelnen Menschengruppe zum Wesen der Nation gehört, ist es klar, daß die Nation selbst ein Produkt jenes liberal-demokratischen Geistes ist, den die Hitler und Göbbels beschimpfen und verachten.

Der Unterschied der Völker und Sprachen ist so alt, wie die Menschheit selbst. Aber das moderne Nationalgefühl ist ein Produkt der großen freiheitlichen Revolutionen. Dem Despoten ist es gleichgültig, welche Sprachen seine Untertanen reden. Der Untertanengeist nimmt da die Stelle des Nationalgefühls ein. Man denke an das Völkergemisch der habsburgischen Monarchie und an die Bereitwilligkeit, mit der die Könige Preußens immer neue polnische Untertanen zu gewinnen suchten. Erst, als der gemeinsame Wille des französischen Volkes den König geköpft und den Adel vertrieben hatte, wurde die moderne französische Nation geboren. Die Schöpfer der deutschen Nation, soweit überhaupt eine solche zustande gekommen ist, waren die demokratischen Freiheitskämpfer von 1813 und 1848. Die Nationen des Donaugebiets und des Balkans haben sich in den Freiheitskämpfen gegen die habsburgischen Kaiser und die türkischen Sultane herausgebildet.

In Hitlers Deutschland ist der freie Wille des einzelnen Staatsbürgers abgeschafft und ebenso ist es den Klassen des werktätigen Volkes verboten, selbst ihr Schicksal zu bestimmen.

Also kann es im Nazi-Deutschland auch keine Nation geben! Es gibt nur verschiedene Abstufungen von Untertanen.

Es gibt bevorzugte und zurückgesetzte Untertanen, erwünschte und unerwünschte Untertanen. Der Schwindel mit Ariertum und Rasse und die Marxistengesetze dienen dazu, solche Untertanen auszuschalten, die dem Herrn nicht passen oder noch besser, solche Menschen unschädlich zu machen, die sich zum Untertan nicht eignen.

Hunderttausende von Angehörigen der eigenen Nation sind von Hitlers Leuten ermordet, in die Konzentrationslager gesperrt oder ins Exil gejagt worden. Viele Millionen von Angehörigen der eigenen Nation wurden zu stummen Sklaven gemacht. Dafür schüttelt die SA. jedem Magyaren, Walachen und russischen Weißgardisten die Hand, der das Hakenkreuz angesteckt hat.

Hitler und Göbbels träumen sich als die Häupter einer neuen antidemokratischen, antisemitischen und terroristischen Internationale.

Das Beispiel des Hitlersieges in Deutschland mußte in vielen Ländern auf die deklassierten, lumpenproletarischen und abenteuerlichen Elemente ansteckend wirken. Es sind die Abfallprodukte der gegenwärtigen, ökonomischen und geistigen Weltkrise, die Hitler international organisieren möchte. Mit der deutschen Nation hat das alles nichts zu tun. Die deutsche Nation ist nicht die Verbündete der Eisernen Garde in Rumänien oder irgendwelcher „erwachender" Ungarns. Die deutsche Nation wird erst selbst wieder im Befreiungskampf gegen Hitlers-Prätorianer neu erstehen!

Der Nationalsozialismus aber ist nicht nur das Gegenteil von sozialistisch, er ist auch das Gegenteil von national. In jedem seinen Teile ist sein Namen eine Lüge!

Pleitarch.

Ersparnis

Unter der Ueberschrist „Thüringen rüstet sich zur Neugliederung des Reiches" berichtet das „Berliner Tageblatt":

„Die Beseitigung des Landtages bringt dem Staat für die restlichen Monate des Rechnungsjahres eine Ersparnis von 109.000 RM.... Die Einrichtung eines eigenen Konzentrationslagers in Bad Sulza erforderte 100.000 RM., die stärkere Belegung der Landesstrafanstalten verursachte 12.000 RM. Mehrkosten.

Der Raubzug gegen die Gewerkschaften

Austrittssperre für die Verbände in Kraft

Wie wir bereits in unserer **letzten Ausgabe ausführlich berichtet haben, ist zwar bei** dem Umbau der deutschen Arbeitsfront **noch** keine formelle Auflösung der einzelnen Berufsverbände vorgenommen worden, doch haben die sogenannten Gewerkschaftsverbände **ihre sozialen Aufgaben vollkommen eingebüßt und die neue Organisation zeigt** bereits, daß die getroffenen **vorbereitenden** Maßnahmen einer letzten Etappe vor der Auflösung sehr ähnlich sind. Der letzte Schritt ist wohl nur deshalb noch nicht getan worden, um der Arbeitsfront die Beitragseinnahmen der Gewerkschaftsmitglieder zu erhalten. Aus dem soeben erschienenen Aufruf des Staatsrates Schuhmann, Leiter des sogenannten Gesamtverbandes der deutschen Arbeiter, geht bereits unzweideutig hervor, daß die Eintritts- und die Austrittssperre für die einzelnen Verbände in Kraft gesetzt ist. Nach der amtlichen Veröffentlichung kennt die deutsche Arbeitsfront zur Zeit dreierlei Arten von Mitgliedern:

1. die in den Verbänden Organisierten,
2. die Mitglieder der der Arbeitsfront korporativ beigetretenen Organisation, z. B. die Reichskulturkammer,
3. die Einzelmitglieder, deren Karteien von den Dienststellen der NSBO. geführt werden.

Es heißt in dem Aufruf:

„Die NSBO.-Dienststellen, die jetzt die Neuaufnahmen für die Arbeitsfront tätigen, haben das Aufsichtsrecht über die Verbandsdienststellen. Jegliche Eingriffe dagegen in die Geschäftstätigkeit der Verbände wird (Deutsch können die Leute nicht) ihnen untersagt. Weitere Anweisungen ergehen noch."

Es besteht also kein Zweifel mehr, daß von jetzt ab Neuaufnahmen nicht mehr in die Verbände, sondern nur noch in die Arbeitsfront erfolgen können und daß dafür nicht mehr die Gewerkschaften, sondern die NSBO. zuständig ist, der auch das Aufsichtsrecht über die Gewerkschaften übertragen worden ist. Es ist reichlich naiv, wenn „Der Deutsche Holzarbeiter" beruhigend schreibt:

„Damit ist noch lange nicht die Auflösung der Verbände in ihrer jetzigen Form beschlossen. Zu den in der Oeffentlichkeit aufgetauchten Besorgnissen besteht seitens der Verbandsmitglieder keinerlei Anlaß."

Wie berechtigt diese Besorgnisse sind, zeigt aber schon folgender Satz:

„Um den Blick weiter auf das Ganze richten zu können, in allem den Gedanken wahrer Volksgemeinschaft Rechnung zu tragen, werden künftig Arbeiter, Angestellte und Unternehmer nicht mehr getrennt organisiert, sondern in der deutschen Arbeitsfront als Einzelmitglieder so zusammengeführt, wie sie im Kampf des Lebens, der Arbeit des Berufes und an der Arbeitsstätte selbst zusammenstehen müssen."

Welche Verwirrung die Ankündigung des Umbaues der Arbeitsfront hervorgerufen hat, und wie die NSBO. ihr Aufsichtsrecht ausübt, zeigt sich in den Warnungsrufen, die der „Grundstein" vom 9. Dezember ausstößt:

„Leider haben auch einzelne NSBO.-Untergliederungen den eigentlichen Sinn der Maßnahmen des Leiters der deutschen Arbeitsfront mißverstanden und in vollkommen einseitiger Einstellung sich Eingriffe in das Eigenleben der Verbände erlaubt. Es ist dafür gesorgt worden, daß derartige Uebergriffe für die Zukunft nicht mehr vorgenommen werden können."

Diese Nachrichten bestätigen aber nur, daß die Maßnahmen des Leiters der deutschen Arbeitsfront keineswegs mißverstanden worden sind, sondern, daß tatsächlich das Eigenleben der Gewerkschaftsverbände aufgehört hat.

Der sozialistische Wille der denkenden Arbeiter aber lebt!

Ein Lohnzettel im Dritten Reich

Während der Führer der „Deutschen Arbeitsfront" mit dem großen „Feierabendwerk" für die körperliche Ertüchtigung des Arbeiters intensiv beschäftigt ist und sich darüber hinaus entschlossen hat, den Mitgliedern der Arbeitsfront als „Ehrenkleid des schaffenden Menschen" einen besonderen „Festanzug" zu verordnen, dürfte es ganz nützlich sein, einmal ein Bild des grauen Alltags des Arbeiters im Dritten Reich zu geben. Es ist sicherlich für die Erhebung in der Freizeit nicht ganz unwesentlich, welchen Nettolohn der schaffende Mensch für seine Feierstunden mit nach Hause bringt. Eine Lohnverrechnung der Fa. E. in Aachen sieht so aus:

Lohn für 48 Stunden zu 63 Pfg. = 30.24 Mk.
Abzüge:
0.90 Mk. Invalidenversicherung,
1.02 Mk. Arbeitslosenversicherung
1.24 Mk. Krankenversicherung
0.75 Mk. Arbeitslosenhilfe
0.60 Mk. Steuer
1.50 Mk. Bürgersteuer
0.60 Mk. Ehestandsbeihilfe
0.16 Mk. Arbeitsbeschaffungsprogramm
1.10 Mk. Verbandsbeitrag

7.87 Mk. Gesamtabzüge =
25.8 Prozent vom Lohn . 7.87 Mk.

Nettolohn . 22.37 Mk.

Der Verbandsbeitrag war vor der Gleichschaltung nur 0.60 Mk., Ehestandsbeihilfe, Arbeitsbeschaffungsprogramm und Arbeitslosenhilfe sind Errungenschaften des Dritten Reiches. Diese Serie von Abzügen umfaßt aber noch nicht die sog. freiwilligen Sammlungen. So zeichneten die städtischen Arbeiter und Angestellten der Technischen Hochschule Aachen mit durchschnittlich 26 Mk. Wochenlohn bis vor kurzem freiwillig 1.50 Mk. Der Betrag wurde durch gelinden Druck auf 2 Mk. erhöht. Diejenigen, die vorher 2 Mk. gezeichnet hatten, wurden verpflichtet, nunmehr 3 Mk. zu zahlen. Dazu kommt ein Ersparnisbeitrag vom Eintopfgericht, der gestaffelt ist, ferner bei Einkommen von 26 Mk. ein Abonnement im Stadttheater von mindestens 4 Mk., bei geringeren Einkommen Mitgliedsbeitrag zur Deutschen Bühne mit 2 Mk. monatlich.

Wenn dieser glückhafte Lohnempfänger dann nach der Vorschrift von Dr. Ley seinen dunkelblauen Festanzug mit weißem Oberhemd und Kragen mit schwarzer Binde anlegen kann, um sich nach Feierabend als „vollwertiges Glied der Gesellschaft" zu fühlen, so wird er begeistert rufen: O wie wohl ist mir am Abend.

Streik — Hochverrat!

In der Denkschrift des preußischen Justizministerium zur Strafrechtsreform wird der Vorschlag gemacht, Aussperrung, Stillegung und Streiks bei lebenswichtigen Betrieben als Hochverratsdelikt unter Strafe zu stellen. Im letzten Heft der „Deutschen Justiz", dem amtlichen Organ des Reichsjustizministers, wird eine solche Strafbestimmung für nicht weitgehend genug erklärt. Es komme nicht auf das Objekt des Streiks oder der Aussperrung, den Betrieb, an, sondern auf die Gesinnung, die sich in solchen Fällen immer gegen die Staatsgewalt und die Volkswirtschaft wendet. Für Streiks und Aussperrungen sei daher heute überhaupt kein Raum mehr. Jeder Streik und jede Aussperrung, sowie jede passive Resistenz, auch Aufforderung und Anreizung, sollen als Hochverrat bestraft werden. Todesstrafe für die „Anreizung" zum Streik — gibt es etwas, was dem Charakter des Dritten Reiches ähnlicher wäre?

Rentenraub im Dritten Reich

Beitragserhöhung und Rentenkürzung in der Invalidenversicherung.

Vor zwei Wochen hat die Propagandastelle der Arbeitsfront noch triumphierend von den ansteigenden Beitragseinnahmen der Invalidenversicherung berichtet, um damit wieder einmal den Sieg in der „Arbeitsschlacht" vorzutäuschen. Jetzt dagegen sieht sich die Reichsregierung gezwungen, ein „Gesetz zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit der sozialen Versicherungen" zu verordnen. Es geht nämlich der Sozialversicherung im Dritten Reich derart gut, daß in der Knappschaftsversicherung im Jahre 1933 einer Einnahme von 72.6 Millionen Mk. 163.1 Millionen Mk. Ausgaben gegenüberstehen, während in der Unfallversicherung die Einnahmen mit 295 Millionen Mk. hinter den Ausgaben von 332 Millionen Mk. zurückbleiben und in der Invalidenversicherung in diesem Jahre nicht weniger als 155 Millionen Mk. Defizit vorhanden ist.

All die großspurigen Ankündigungen vom Gesamtumbau der Sozialversicherung aber enden in dem neuen Gesetz vom 1. Dezember mit dem alten Scharfmacherrezept des Leistungsabbaues!

Die neuen Renten der Invalidenversicherung sollen „eine mäßige Verminderung" erfahren. Das Ausmaß des Leistungsabbaues wird zunächst verschwiegen. Da die Invalidenrenten heute schon teils unter den Sätzen der Wohlfahrtsunterstützung liegen, so bedeutet die „mäßige Minderung" das Sinken der Invalidenrente auf das Niveau des Almosens. Angesichts des Riesendefizits werden aber gleichzeitig die Beiträge um 1½ Prozent erhöht! Da der prozentuale Beitragssatz für jede Lohnklasse jeweils vom Endbetrag jeder Klasse errechnet wird, so beträgt die Beitragserhöhung für die unter dem Höchstlohnsatz der Klasse liegenden Löhne eine Beitragserhöhung von mehr als 1½ Prozent!

Die Lohnklassen der Invalidenversicherung, die heute bei 42 Mk. Wochenlohn abschließen, sollen aufgestockt werden. Mit unglaublicher Offenheit bemerkt dazu die Nazipresse:

„Die Aufstockung bringt für die Wirtschaft zur Zeit keine übergroße Mehrbelastung, weil die Löhne gesunken sind."

Der Sozialabbau soll aber nicht nur die neu zu bewilligenden Renten betreffen. Die Hitlerregierung bringt es sogar fertig, den längst aus der Berufstätigkeit ausgeschiedenen Rentenempfängern der Invaliden- und Angestelltenversicherung ihre bisherigen Renten wieder zu rauben. Unter der skandalösen Kennzeichnung „Einziehung zu Unrecht bewilligter Renten" wird eine Nachprüfung angeordnet, „in welchem Umfang Renten zu Unrecht bewilligt worden sind."

Da in der Angestellten- und Invalidenversicherung die Invaliditäts- und Altersrenten nach absolut eindeutigen zwingenden Versicherungsgrundsätzen erworben werden, so bedeutet die nachträgliche Entziehung wohl erworbener Rentenansprüche einen Rechtsbruch schlimmster Art. Oder verbirgt sich etwa auch für die Invaliden- und Altersrentner in dieser Bestimmung die Absicht, „die Marxisten" auszurotten?

Beruhigend wird in der Gesetzesbegründung bemerkt: „Allen Beteiligten werden Opfer auferlegt". Man hat nur den Nachsatz vergessen: soweit sie nicht am Naziunternehmen beteiligt sind!

Das Armenhaus als Ideal des Dritten Reiches

Im kaiserlichen Deutschland hatte ein Hilfsbedürftiger nur Anspruch auf Unterstützung, wenn er ein Jahr in der Gemeinde, in der er hilfsbedürftig wurde, seinen Wohnsitz hatte. Der Arbeiter, der in die Stadt abwanderte, um sich den drückenden Bedingungen der Landarbeit zu entziehen, wurde auf diese Weise wieder in das Dorf zurückgetrieben. So sicherte man den Junkern billige Arbeitskräfte. Damals beschränkte sich die Unterstützung auch auf das sogenannte „Existenzminimum", d. h. nur das zum Leben allernotwendigste.

Die Republik hat sowohl den Unterstützungswohnsitz als auch das Existenzminimum abgeschafft. Jeder wurde in der Gemeinde unterstützt, in der er bei Hilfsbedürftigkeit seinen gewöhnlichen Aufenthalt hatte. Die Wohlfahrtspflege gab ihm über das zum Leben Notwendige hinaus die Mittel, wieder wirtschaftlich selbständig zu werden, bei Kranken Heilung, bei Jugendlichen Berufsschule. So hatte auch der Arme Freizügigkeit, so trat an die Stelle der Armenpflege die Fürsorge.

Das Dritte Reich hat jetzt Unterstützungswohnsitz und Existenzminimum wieder eingeführt. Wer unerlaubt in eine Stadt zieht, wird mit Unterstützungsverringerung bestraft. In den „Notstandsgemeinden" kann der Unterstützungswohnsitz überhaupt nicht mehr erworben werden. Der PG.-Landjunker soll wieder billige Arbeitskräfte bekommen. Wer durch die famose Arbeitsbeschaffung in eine andere Stadt verpflanzt wird und diese Arbeit verliert, kommt ins Armenhaus. Die Freizügigkeit der Armen ist eben ein liberalistisch-marxistisches Uebel.

So wird ein Stück sozialer Fürsorge nach dem anderen geraubt. Ganz Deutschland ist eine Anstalt, in der die Einwohner verwahrt werden. Zwischen denen, die in ihrer Wohnung bewacht werden und den Insassen der Konzentrationshäuser gibt es jetzt noch eine neue Gruppe Gefangene, die Armenhäusler.

Künstliche Belebung

Erpressung an der Arbeiterschaft.

Dr. Ley, der Kommandant der Deutschen Arbeitsfront, hat mangels anderer Leistungsmöglichkeiten dekretiert, daß sämtliche Angehörigen der Deutschen Arbeitsfront sich einen vorschriftsmäßigen Festanzug anschaffen müssen, in dem der Träger überall „gesellschaftsfähig" sein würde. Triumphierend verkündet nun „Der Deutsche", das Organ Leys:

„Es stellt sich nun heraus daß, durch diese Einführung des Feierabend-Anzugs eine fast unglaublich anmutende Arbeitsbelebung in den beteiligten Industrien einzusetzen beginnt, die in den nächsten Wochen erst zur vollen Geltung kommen wird. Wie wir von der Reichszeugmeisterei der NSDAP erfahren, schätzt man dort, daß vorläufig die gesamte Textilindustrie und das Schneidergewerbe auf ein ganzes Jahr voll beschäftigt sein werden."

Diese neue Art der „Arbeitsbeschaffung" ist eine kaum zu überbietende Erpressung an der Arbeiterschaft, die diese Festanzüge selbst bezahlen muß. Zu den Lohnsenkungen und ständigen Abzügen für Sammlungen kommen nun diese recht erheblichen Aufwendungen hinzu, die den Etat der Arbeiterhaushalte völlig über den Haufen werfen müssen!

„Jeden Tag was Neues!"

Der Führer der Deutschen Arbeitsfront Dr. Ley hat eine Reise durch Deutschlands Fabriken getan, über die er im „Arbeitertum" zusammenfassend berichtet: „Das sind alles Gedanken, die einem kommen, meine Mitarbeiter. Ich sage Ihnen, was mir auf dieser Reise für Ideen gekommen sind, immer wieder, jeden Tag was Neues. Es ist ungeheuer, ich behaupte, wir brauchen 50 bis 100 Jahre, um das alles durchzuführen, was durchgeführt werden muß."

Herausgeber: Ernst Sattler, Karlsbad. Verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn, Karlsbad.
Druck: „Graphia" Karlsbad
Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933.